



Mechthild Rawert

Mitglied des Deutschen Bundestages
Mitglied im Ausschuss für Gesundheit und
Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Wahlkreis

Friedrich-Wilhelm-Str. 86
12099 Berlin
(U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)
Tel: (030) 72 01 38 84
Fax: (030) 72 01 39 94
E-Mail: Mechthild.Rawert@wk.bundestag.de
www: www.mechthild-rawert.de



16.02.2007 / Pressemitteilung

Rawert begrüßt Entscheidung des Bundesrats zur Gesundheitsreform

Anlässlich der heutigen Zustimmung des Bundesrats zur Gesundheitsreform erklärt Mechthild Rawert, SPD-Bundestagsabgeordnete für Berlin Tempelhof-Schöneberg und Mitglied im Gesundheitsausschuss des Deutschen Bundestags:

Ich begrüße das heutige Votum des Bundesrats zur Gesundheitsreform. Damit ist nun auch von Länderseite der Weg freigemacht für wesentliche Neujustierungen im Gesundheitssystem. Das Wichtigste ist: Die Versorgung der Patientinnen und Patienten wird durch die Ausweitung des Leistungskatalogs der gesetzlichen Krankenkassen stark verbessert. Ab dem 1.1.2009 wird für alle Einwohnerinnen und Einwohner eine Krankenversicherungspflicht bestehen, niemand wird also mehr aus der Gesundheitsversorgung herausfallen. Gesamtgesellschaftliche Aufgaben im Gesundheitssystem werden ab dem 1.4.2007 verstärkt über Steuergelder finanziert. Ein wesentlicher Fortschritt ist auch, dass die privaten Krankenversicherungen sich in Zukunft solidarischer einstellen müssen, indem sie verpflichtet werden, einen Basistarif anzubieten und Menschen, die von ALG II abhängig sind, weiterzuversichern. Auch ist mit dem jetzt Gesetzesgültigen Kompromiss das grundlegende Ziel der SPD für die Finanzreform, die Bürgerversicherung, keineswegs verbaut worden.

Trotz der Enthaltung der Berliner Landesregierung im Bundesrat bin ich mir sicher, dass die Berlinerinnen und Berliner mit der Gesundheitsreform gut leben können. Nach dem Verhandlungserfolg der Länder im Bundesrat entstehen dem Berliner Landeshaushalt keine zusätzlichen Kosten für Fahrdienste im Rettungswesen. Die weit reichenden Einsparmaßnahmen des Bundes im Bereich der Krankenhausversorgung wurden stark reduziert. Die auf lange Zeit verschobene Insolvenzregelung für Krankenkassen kommt der Berliner AOK samt ihren Versicherten und Angestellten sehr entgegen.

Entlastet werden die Berliner Krankenkassen auch mit dem geplanten morbiditätsorientierten Risikostrukturausgleich, weil sie ihre Mittel dann gemäß den tatsächlichen Krankheitsrisiken ihrer Versicherten erhalten. In Berlin leben viele Ältere sowie Menschen mit geringem Einkommen, was mit einem erheblich größeren Gesundheitsrisiko, aber auch mit weniger Beiträgen in die Sozialversicherung verbunden ist.

Sehr zufrieden bin ich mit der Entscheidung, den Hauptsitz des Spitzenverbands Bund der Krankenkassen in Berlin anzusiedeln. Mit dieser auch auf meine Initiative hin getroffenen Festlegung ist eine optimale Zusammenarbeit zwischen zentralen Akteuren des Gesundheitswesens gewährleistet. Als Berliner Abgeordnete freut es mich zudem, dass mit der Ansiedelung des Spitzenverbandes Berlin als Gesundheitsstandort an Attraktivität gewinnt.